



Dienstag, 09. Januar 2024 15h55

MEDIENMITTEILUNG

KOMMISSION STÜTZT AUSBAU DER EISENBAHNINFRASTRUKTUR – DETAILS NOCH ZU KLÄREN

Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrates (KVF-N) hat die Beratung zur neuen Langfriststrategie «Perspektive BAHN 2050» und zur Botschaft zum Stand der Eisenbahn-Ausbauschritte begonnen und ist auf die Vorlage eingetreten.

Mit der **Botschaft zum Stand und zu Änderungen der Ausbauprogramme für die Bahninfrastruktur sowie zur Perspektive Bahn 2050** (**23.055**) beantragt der Bundesrat verschiedene Anpassungen bei den Ausbausritten 2025 und 2035. Mit diesen hat sich die Kommission im Rahmen der Eintretensdebatte auseinandergesetzt und dabei auch die vom Ständerat beschlossenen Ergänzungen zur Kenntnis genommen. Ebenso hat sich die KVF-N die Langfriststrategie «Perspektive BAHN 2050» präsentieren lassen und dabei über die vom Bundesrat gesetzten Schwerpunkte diskutiert. Verschiedene Fragen haben dabei Anlass zu Diskussionen gegeben, etwa der Modalsplit oder die im Rahmen der Anpassungen nicht berücksichtigten Projekte des Bundesrates. Nach oppositionslosem Eintreten auf die Vorlage wird sich die Kommission mit diesen Fragen im Rahmen der Detailberatung an ihrer kommenden Sitzung auseinandersetzen.

Weiter hat sich die KVF-N mit der Motion **23.3668** **Redundanz und Zuverlässigkeit auf der Eisenbahnachse Lausanne-Genf** befasst. Die Kommission erachtet die Erhöhung der Kapazität zwischen Lausanne und Genf als zentral für das Schweizer Eisenbahnnetz und beantragt ihrem Rat mit 21 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen die Motion anzunehmen.

Die Kommission hat sich zudem erneut mit der **Änderung des Bundesgesetzes über die Zulassung als Strassentransportunternehmen (STUG)** (**23.021**) beschäftigt. Sie stützt den Beschluss des Ständerates zur Präzisierung der Unternehmen, welche unter die neue Zulassungspflicht fallen (Art. 3 Abs. 1^{ter} Bst. a^{bis}). Im Gegensatz zum Ständerat möchte die Kommissionsmehrheit jedoch die Erhebung der Anzahl beschäftigten Personen und der amtlichen Kennzeichen im Register der Strassentransportunternehmen (Art. 9 Abs. 3 Bst. f und g) ermöglichen, sofern dies zwingend nötig ist. Diese In-

formationen könnten für den Anschluss an das European Register of Road Transport Undertakings (ERRU) erforderlich sein. So beantragt die Kommission ihrem Rat mit 15 zu 9 Stimmen eine Differenz zum Beschluss des Ständerates. Eine Minderheit stützt den Beschluss des Ständerates und möchte die Möglichkeit dieser Datenerhebung aus dem Entwurf streichen.

Mit ihrer Kommissionsinitiative **22.452** (**Anschubfinanzierung für Busse mit umweltfreundlichen Antrieben im Strassen-öV durch den Bund**) hatte die KVF-N gefordert, bei der Beschaffung von Bussen mit umweltfreundlichen Antrieben im Strassen-öV eine Anschubfinanzierung vorzusehen. Weil das Anliegen der pa. Iv. bereits Gegenstand des Entwurfs eines neuen CO₂-Gesetzes (**22.061**) ist, hatte ihre Schwesterkommission, die KVF-S, der Ausarbeitung eines Erlassentwurfs durch die KVF-N nicht zugestimmt. Da nach der ersten Detailberatung des CO₂-Gesetzes in den beiden Räten zu diesem Punkt keine Differenzen bestehen, hat die KVF-N mit 17 zu 7 Stimmen beschlossen, nicht länger am Anliegen festzuhalten.

Ausserdem hat die Kommission eine erste Aussprache über den Bericht über die Verkehrsverlagerung 2023 geführt. Sie wird die Diskussion an einer kommenden Sitzung fortsetzen und dazu die interessierten Kreise anhören.

Zudem hat sich die Kommission mit biodiversitätsschädigenden Subventionen im Verkehrsbereich auseinandergesetzt. Die Bundesämter für Verkehr und für Stassen haben aufgezeigt, welche Anstrengungen und Massnahmen sie im Bereich der Biodiversität tätigen.

AUTOR



KVF-N

Sekretariat der Kommissionen für Verkehr und Fernmeldewesen

CH-3003 Bern

www.parlament.ch

kvf.ctt@parl.admin.ch

AUSKÜNFTE



Philipp Kutter

Kommissionspräsident

Tel. 078 641 10 31

Iris Hollinger

Kommissionssekretärin

Tel. 058 322 94 61

Angela Nigg

stv. Kommissionssekretärin

Tel. 058 322 98 75